

„St. Peters Bote“

U. J. O. S. D.

Der „St. Peters Bote“ wird von den Benediktinern des St. Peters Klosters, Münster, Sask., Kanada, herausgegeben und kostet pro Jahr bei Vorauszahlung \$1.00, nach Deutschland \$1.60.

Agenten verlangt.

Alle für die Zeitung bestimmten Briefe adressiere man:

„ST. PETERS BOTE“
MÜNSTER, SASK., CANADA.

Gelder schide man nur durch registrierte Briefe, Post- oder Express-Anweisungen (Money Orders).

Kirchenkalender.

7. Januar. 1. Sonntag nach hl. 3 Könige. Evang. „Als Jesus zwölf Jahre alt war.“ Lucian.
8. Januar. Montag. Severin.
9. Januar. Dienstag. Julian, Basilissa.
10. Januar. Mittwoch. Agatho, Florida.
11. Januar. Donnerstag. Hyginus, Theodorinus.
12. Januar. Freitag. Arkadius, Ernst.
13. Januar. Samstag. Gottfried, Veronika.

Empfehet den „St. Peters Bote“ Euren Freunden und Bekannten! Probenummern werden gratis gesandt.

Editorielles.

Die geschlossene Zeit für Festlichkeiten geht um Mitternacht des Dreikönigstages zu Ende. Vom nächsten Sonntag an sind dieselben daher wiederum erlaubt.

Sehr vernünftige Ansichten gab der „Dominion Presbyterian“ kund anlässlich der Debatte welche über das Memorandum des Erzbischofs von St. Boniface in Szene gesetzt wurde. Das Blatt schreibt: „La Patrie“ fragt, warum ein katholischer Erzbischof nicht dasselbe Recht habe, an seine Geistlichkeit zu schreiben, wie Rev. Mr. Mills (Bischof Mills). Vielen Leuten wird diese Frage sehr zeitgemäß erscheinen. Wenn General Assemblies Konferenzen und Synoden der protestantischen Kirchen Resolutionen betreffs politischer Fragen e lassen dürfen, warum sollen die Katholiken dies nicht auch dürfen? Diese Frage muß beantwortet werden und wir müssen uns in demselben Spiegel betrachten, in dem andere uns sehen. Einige beantworten die Frage indem sie sagen: Weil der römische Priester das Recht zu befehlen in Anspruch nimmt. Der Laie kann jedoch antworten, das er des Priesters Befehl in politischen Angelegenheiten nicht zu gehorchen brauche, daß jedoch sein Priester dieselbe Freiheit besitzen sollte wie unsere „Parsons.“ Wohlan, laßt uns ruhig über diese Sachen nachdenken und versuchen, dieselben Prinzipien auf alle Bürger anzuwenden.

Eine hervorragende Persönlichkeit ist mit Hon. Raymond Prefontaine aus dem Leben geschieden. Der verstorbene Marineminister Canadas wurde am 16. September 1850 zu Bonaventure, Quebec, geboren. Seinen ersten Unterricht genoss er in den Schulen seiner Heimat. Die klassischen Studien absolvierte er mit großer Auszeichnung im Colleg der Jesuiten zu Montreal, worauf er sich dem Studium der Rechte an der McGill Universität zuwandte. Im Alter von 23 Jahren wurde er zur Praxis zugelassen. Zwei Jahre später wurde er in die Legislatur von Quebec gewählt, in welcher er fortan seinen Sitz behauptete bis zu seinem Eintritt in das Dominion Parlament (1886). Seit 1878 betätigte er sich auch in hervorragender Weise an der Municipalpolitik von Montreal. Vier Jahre lang war er Bürgermeister der genannten Stadt. Am 10. November 1902 wurde er, als Minister der Marine und der Fischerei, ein Mitglied des Dominion Cabinetts welche Stelle er bis zu seinem plötzlichen Tode beibehielt. Premier Laurier betrauerte in dem Dahingegangenen einen persönlichen Freund und tüchtigen Ge-

hilfen, dessen Stelle wohl nicht leicht auszufüllen sein wird.

Eine Konvention der sog. „Unabhängigen Griechischen Kirche“ tagte neulich zu Winnipeg. Dieselbe wurde bekanntlich vor etwa drei Jahren von dem exkommunizierten russischen Papen Mslowski, der sich fälschlich für einen Bischof ausgibt, gegründet, entzweite sich aber bald mit ihrem Stifter. Von den Presbyterianern wird ihr auf alle mögliche Weise Vorstoß geleistet, um so die katholischen Ruthenen von der katholischen Kirche abwendig zu machen. So z. B. befuhrwortete noch vor wenigen Monaten Rev. Gordon auf der Synode der Presbyterianer zu Winnipeg eindringlich die Unterstützung der „Unabhängigen Griechischen Kirche“, da nur durch diese die Ruthenen vor dem Schicksal bewahrt bleiben könnten, der römischen Kirche anheimzufallen. Auch ist es allbekannt, daß die Prediger dieser neuen Sekte von den Presbyterianern reichliche finanzielle Unterstützung erhalten. Trotz dieser Beihilfe und trotzdem ein früherer Beamter des Einwanderungsbureaus in Winnipeg seine offizielle Stellung mißbrauchte um für die neue Sekte Propaganda zu machen, geht aus den Berichten der Konvention zur Genüge hervor, daß die Ruthenen ihrem alten Glauben treu bleiben und daß nur noch wenige sich der neuen Sekte anschließen. Könnte ausreichend für katholische Geistliche des ruthenischen Ritus gesorgt werden, so würden die „Independants“ bald von der Bildfläche verschwunden sein. Interessant ist noch was auf der Convention über die von der Provinzialregierung Manitobas unterhaltene ruthenische Normal- schule besonders betont wurde, nämlich daß dieselbe eine Anstalt für die Ausbildung von Propagandisten der neuen Sekte sei!

In Rußland haben die „Roten“ einen Putz veranstaltet, der aber von der Regierung mit Waffengewalt unterdrückt wurde. In Moskau allein sollen Tausende der Auführer gefallen sein. Wie es scheint hatten die Aufständischen gerechnet, daß das Militär zu ihnen übergehen werde, was aber nicht geschah. Nach den neuesten Berichten scheinen die Auführer gänzlich entmutigt zu sein, so daß begründete Hoffnung vorliegt, die Regierung werde in den Stand gesetzt werden, die geplanten Reformen einzuführen.

„Religiöse Freiheit“ in Frankreich.

In der Hitze des französischen Kulturkampfes brütet der „antiklerikale“ Geist der Blockade Ansichten aus, die als unwillkürliche Geständnisse ihrer wahren Gesinnung wertvoll sind.

So erklärte der Unterrichtsminister Biennu-Martin, daß Beamten und Offizieren volle religiöse Freiheit durch das neue Gesetz gewährt werde, beantwortete aber die Frage, ob diese Staatsdiener ihre Kinder auch in die katholischen Schulen schicken dürfen, mit einem verlegenen Achselzucken und den Worten: „Ja, das ist eine andere Frage!“ Der Unterrichtsminister hat also entweder eine sehr kuriose Ansicht von „voller Freiheit“ oder er huldigt der Anschauung, daß der Staat der verfügungsberechtigte Besitzer der Kindesseele sei.

Wegen dieses Geistesblikzes scheint nun Maxime Lecomte auf den Minister eifersüchtig zu sein. Denn als der Senator Gourju für die zukünftigen Pfarrvereinigungen das gleiche Recht wie für die sonstigen Vereine forderte, entwickelte ihm Comte folgende Rechtsphilosophie: „Es gibt nicht bloß ein gleiches, gemeinsames Recht. Es gibt deren so viele, als besondere Situationen vorhanden sind!“ Diese neue Theorie läßt sich gewiß prak-

tisch vertretten. Wenn man irgendwelche Mitbürger lossein will, so bestimmt man einfach, daß sich diese armen Häcker in einer Ausnahmsituation befinden und kann nunmehr ohne Rechtsbruch alle Ungerechtigkeiten über diese Ausfägigen ausleeren.

Diese kleinen Blicklichter beweisen die ganze Hencherei dieser Regierung, die das Trennungsgesetz noch als äußerst freisinnig und religionsfreundlich darstellen will. Da lobt man sich die im Dienste des „Groß-Orients“ stehende „Lanterne“. Diese sagt wenigstens offen, welchem Ziele man entgegenstrebt: „Der Kriegszustand zwischen der Republik und der römischen Theokratie wird erst mit dem Tod, dem völligen Verschwinden eines der beiden Kämpfer, enden!“ Und die „Action“ ist sich schon des Sieges im Kampfe gegen die Kirche so sicher, daß sie bereits ihr Augenmerk auf den nächsten Kampfplatz lenkt. Freudig ruft sie aus: „Vom 1. Januar 1906 wird die Republik „los von Gott“ sein.“ Wir müssen noch dahin streben, daß sie „frei von jedem Herrn werde!“

Da wäre man also schon wieder bei der hübschen Formel: „Ni dieu, ni maitre!“ („Weder Gott, noch sonst einen Herrn!“) angelangt, welche die Anarchisten auf dem letzten Freiidentongress so eifrig vertraten. Jedoch keine Angst! Dieser gewaltige Freiheitshunger ist sofort gestillt, wenn es sich um eine Freiheit handelt, die den Herrn Sozialisten unangenehm ist. So wollte kürzlich der bekannte Armeefeind Herbe Frankreich durch seinen Eintritt in die Advokatenkammer beglücken. Leider hatten aber diese Rückschritler kein Verständnis für Herbes geistige Höhe und einstimmig faßten die Advokaten (darunter auch Labori, der Verteidiger Dreyfus), den Beschluß, auf seine Mitgliedschaft zu verzichten. Darob ergrimte der Sozialistenführer Jaures so sehr, daß er durch einen Gesetzentwurf alle Freiheiten der Advokaten vernichten will. Eigentlich ist Jaures nicht konsequent. Er sollte auch die Aufhebung der Pressefreiheit beantragen, da ja fast alle Blätter diesen Herrn Herbe energisch bekämpfen.

Einen anderen Schwabenstreich beging die Regierung. Am 25. August hatte der Generalrat des Departements Loire-Inferieure den Wunsch ausgesprochen, daß seine Senatoren das Trennungsgesetz energisch bekämpfen sollen. Dieser Wunsch wurde nunmehr aufgehoben. Selbst gegen Wünsche gibt es also in Frankreich schon Regierungsdekrete.

Dieses wertvolle Dokument trägt noch die Unterschrift Doubeys, der bekanntlich alles unterschreibt, was man ihm vorlegt. Seine Herrlichkeit dauert ja nicht mehr lange. („Amerika“)

Der Kampf um Tibet.

Der nördliche Nachbar Vorderindiens, das „Glacis Indiens“, wie es Lord Curzon genannt hat, macht wieder von sich reden. Dieses merkwürdige Land Tibet mit seiner verwickelten Verfassung — es ist von China abhängig und doch unabhängig im weitesten Sinne — wird von England und Rußland gleich heiß begehrt. Das Zarenreich hat es sich nicht nehmen lassen, selbst während des Kampfes mit Japan seinen Einfluß in Tibet spielen zu lassen. Der Amban in Lhasa zwar, der offizielle Vertreter Chinas, hatte sich bewegen lassen, mit dem Obersten Younghusband, der eine Expedition nach Tibet unternommen hatte, einen Vertrag abzuschließen, der vor 15 Monaten unterzeichnet wurde, aber das geistliche Oberhaupt der theokratischen Monarchie, der Dalai-Lama, war von den Russen gewarnt worden. Er flüchtete, als die britische Expedition nahte, nach Urga an der russischen

Grenze. Die russische Regierung ließ es an Aufmerksamkeiten nicht fehlen; sie schickte Gesandte an den Dalai-Lama, der russische Gesandte in Peking besuchte ihn und überbrachte ein Schreiben des Zaren. Man hat es wohl auch auf russisches Konto zu setzen, wenn die Abmachungen Younghusbands mit dem chinesischen Amban als null und nichtig erklärt wurden, weil sie zu weit gingen. Erst in diesen Tagen ist der englisch-tibetische Vertrag abgeschlossen worden. Man kann eigentlich nicht von einem Vertrag sprechen, denn England erhält nichts. Wenn China Entschädigungen für die Tötung von Indiern zahlt, ist das selbstverständlich. Die Hauptsache ist, daß China als der Souverän Tibets anerkannt wird. Das war China bisher schon, aber die auffällige Betonung hat einen tieferen Sinn: Zwischen Indien und Rußland liegt nicht mehr Tibet, das schwache Land, sondern China. Die Integrität Chinas garantieren England und Japan, England braucht also keine Sorge mehr zu haben, daß Rußland über Tibet nach Indien marschiert.

Die englischen Blätter wissen aber noch etwas ganz neues zu melden, das zugleich die Verhältnisse in Tibet treffend charakterisiert. Die Regierung von Indien so teilen sie mit, hat den Tschilama von Tibet eingeladen, nach Indien zu kommen, wo er, wahrscheinlich in Kalkutta, mit dem gegenwärtig im Kaiserreich weilenden Prinzen von Wales zusammentreffen wird. Der Tschilama ist eine Person, die nun handelnd auf die Bretter der Weltbühne tritt. Er ist der Groß-Lama von Tasilumpo, das Haupt des riesigsten Klosters im Mönchsstaate Tibet, das sich bei den Toren von Schigatse erhebt. In religiöser, theologischer und zeremonieller Hinsicht ist diese Persönlichkeit dem oben erwähnten Dalai-Lama ziemlich gleich im Range zu achten. Ja, es gibt sogar eine Strömung, die ihn noch weit über den Dalai-Lama setzt. Während der Tschilama die Verkörperung des höchsten Wesens Amitabha ist, gilt der Dalai-Lama nur als die Verkörperung eines Jüngers desselben. Als der Dalai-Lama nach Urga geflüchtet war, konnte es dem anderen Lama nicht schwer fallen, sich politischen Einfluß zu sichern, umsomehr, als die alte religiöse Superiorität auf seiner Seite war. England hat diese Rivalität zwischen den beiden Lamas zu seinem Vorteil auszunutzen gewußt. Der Tschilama ist ebenso umschmeichelt worden, wie sein flüchtiger Kollege. England hat ihm den Titel „geistliches Oberhaupt der buddhistischen Kirche“ und ihn als solches auch eingeladen. Der „Buddhisten-Papst“ wird kommen, seine Antwort lautete bejahend. Die City-Blätter wollen sogar wissen, daß er ein großer Freund Englands von jeher gewesen sei, obwohl er seine Klöster bisher noch nie verließ. Was seine Anerkennung des chinesisch-englischen Vertrages betrifft, so bedeutet dieselbe garnichts. Seine plötzliche Bereitwilligkeit, Indien zu besuchen, hat man auf die Arbeit buddhistischer Missionare aus Japan zu setzen, die seit einiger Zeit in Tibet tätig sind. Die Alliierten Englands besorgen dort auch politische Geschäfte, anders kann man den Gang der Dinge nicht erklären. Es wird auf alle Fälle eine nette Szene geben, wenn der russische Dalai und der englische Tschilama einander wegen der Regierungsgewalt in die Haare geraten.

Aus der St. Peters-Kolonie.

Die vergangene Woche hat den lange ersehnten nbligen Schnee für gute Schlittenbahn endlich gebracht. Am Sonntag Stephanstage morgens fiel ein wenig Regen, der jedoch bald in Schnee überging. Seither hat man die schönste